

CDU Rheinland-Pfalz: Neue Führung und klare Themen für 2026

Gordon Schnieder, CDU-Landeschef in Rheinland-Pfalz, setzt auf Bildung, Migration und Gesundheit im Wahlkampf 2026.

Die Christlich Demokratische Union (CDU) in Rheinland-Pfalz bereitet sich intensiv auf die bevorstehenden Landtagswahlen im Frühjahr 2026 vor. Unter der Führung des designierten Landeschefs Gordon Schnieder stehen die Themen Bildung, Migration und Gesundheit ganz oben auf der Agenda. Schnieder kritisiert die Versäumnisse der aktuellen Landesregierung und sieht dringenden Handlungsbedarf, insbesondere in den Bereichen, die für die Entwicklung des Landes entscheidend sind.

Die Thematik Bildung hat in diesem Zusammenhang besondere Relevanz. Laut Schnieder zeigt Rheinland-Pfalz im Bildungssektor seit Jahren einen Rückschritt. Insbesondere die Sprachbeherrschung, die für Kinder in der heutigen Gesellschaft essenziell ist, leidet unter den bestehenden Bedingungen. Der CDU-Politiker fordert verbindliche Sprachtests und eine Abkehr von freiwilligen Angeboten, um sicherzustellen, dass jedes Kind die deutsche Sprache erlernen kann. Auch die steigenden Sitzenbleiberquoten im Grundschulbereich, die in den letzten Jahren um über 50 Prozent angestiegen sind, sind für Schnieder ein alarmierendes Signal. Er bezeichnet diese Entwicklung als besorgniserregend und fordert sofortige Maßnahmen.

Herausforderungen in der Migrationspolitik

Migration ist ein weiteres zentrales Thema im politischen Diskurs von Schnieder. Er fordert von der Landesregierung ehrliche Antworten auf die Herausforderungen, die sich in diesem Bereich stellen. Insbesondere die Wohnsituation für geflüchtete Personen sei unzureichend, was die Integration erheblich erschwere. Schnieder drängt darauf, dass Menschen erst dann auf die Kommunen verteilt werden, wenn ihnen ein Bleiberecht zugesprochen wurde. Nur so könne eine erfolgreiche Integration gelingen.

Ein heikles Thema, das Schnieder ebenfalls anspricht, ist die Kriminalität unter Migranten. Er äußert sich besorgt über die überproportional hohe Kriminalitätsrate in dieser Bevölkerungsgruppe und fordert spürbare Maßnahmen seitens der Regierung, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Die CDU hebt hervor, dass es einen einheitlichen bundesweiten Ansatz hinsichtlich der Bezahlkarte für Geflüchtete geben sollte, da die aktuelle Ampelregierung in Rheinland-Pfalz in dieser wichtigen Frage eine klare Linie vermissen lässt.

Gesundheitsversorgung im Fokus

Ein weiterer Punkt auf der Agenda der CDU ist die Gesundheitsversorgung. Schnieder kritisiert die plötzlichen Schließungen von Krankenhausabteilungen und ganzen Häusern. Er zeigt sich besorgt über das, was er als „planloses Krankenhaussterben“ bezeichnet. Die Sicherstellung der Grundversorgung in ländlichen Regionen müsse höchste Priorität haben, und die Landesregierung müsse sicherstellen, dass es keine ungesteuerten Schließungen mehr gibt.

„Krankenhausplanung ist Landesangelegenheit. Für die Krankenhausinvestitionsförderung ist das Land verantwortlich. Hier wird viel zu wenig getan“, so Schnieder.

Besonders im Hinblick auf die politische Verantwortung des neuen Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer (SPD) ist Schnieder skeptisch. Er fragt sich, ob es tatsächlich eine positive

„Akzentverschiebung“ in der Politik geben wird oder ob es einfach beim gewohnten Trott bleibt. Schnieder zeigt sich optimistisch, dass die erste Regierungserklärung nach der parlamentarischen Sommerpause erhellende Einblicke in die zukünftigen Planungen liefern könnte.

In einer sich rapide verändernden politischen Landschaft betont Schnieder, dass die CDU sich klar von der AfD abgrenzen will. Es gehe ihm nicht um populistische Forderungen, sondern um eine sachliche und ehrliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Landespolitik. Schnieder hebt hervor, dass die Christdemokraten kein Abgrenzungsproblem zur AfD haben und betont, dass eine Zusammenarbeit mit dieser Partei ausgeschlossen ist. Es sei wichtig, das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen, und das könne nur durch verlässliche und ehrliche Politik geschehen.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen und der bevorstehenden Wahlen wird es spannend sein zu beobachten, wie die CDU mit ihren Vorschlägen in den Wahlkampf ziehen wird und welche Antworten die Landesregierung auf die kritischen Anmerkungen des Oppositionsführers geben wird. Die nächsten Monate werden zeigen, ob Schnieder und die CDU eine Mehrheit hinter sich bringen können und welche Veränderungen möglicherweise in der rheinland-pfälzischen Politik hervorgerufen werden.

Der bevorstehende Wahlkampf wird stark durch die aktuellen Herausforderungen des Landes geprägt, insbesondere im Hinblick auf die demografischen Veränderungen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Rheinland-Pfalz sieht sich, ähnlich wie viele andere Bundesländer, mit einer alternden Bevölkerung konfrontiert, was nicht nur die soziale Sicherheit, sondern auch die Finanzierung von Bildung und Gesundheitssystemen beeinflusst. Eine Bevölkerung, die stetig älter wird, erfordert eine Anpassung der Infrastruktur sowie der angebotenen Dienstleistungen, insbesondere im Gesundheitsbereich.

Das Thema Migration ist ebenfalls entscheidend für die künftige Entwicklung des Landes. Laut dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz lebten Ende 2023 rund 1,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund im Bundesland, was etwa 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die Integration dieser Bevölkerungsgruppe stellt eine besondere Herausforderung dar, vor allem in Bezug auf Bildung, Sprache und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Migranten und Geflüchtete ist erheblich gestiegen, was die CDU und andere Parteien in ihren Wahlkampagnen thematisieren.

Gesundheitsversorgung im Wandel

Die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz steht vor bedeutenden Veränderungen, da das Land in den letzten Jahren mit einem Rückgang der Krankenhauszahlen konfrontiert ist. Nach Angaben des Gemeinsamen Bundesausschusses wurde die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland zwischen 2000 und 2021 um etwa 40 Prozent reduziert. Diese Tendenz führt zu einer verstärkten Konzentration von Gesundheitsressourcen in städtischen Gebieten, während ländliche Regionen unter einem Mangel an medizinischer Versorgung leiden.

Eine Umfrage des Marktforschungsinstituts Forsa zeigt, dass 68 Prozent der rheinland-pfälzischen Bürger:innen unzufrieden mit der Qualität der Gesundheitsversorgung in ihrem Wohnort sind. Die CDU sieht hierin eine politische Chance und fordert eine verbesserte Krankenhausplanung, um die flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherzustellen und langfristige Lösungen für die Herausforderung des Krankenhaussterbens zu finden. Der Unterschied zu den Vorgängerregierungen wird im Ansatz der CDU gesehen, dass eine stärker bedarfsorientierte Strategie notwendig ist.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de